

## **Bericht**

### **des Ausschusses für Gleichstellung und Antidiskriminierung**

über die Drucksache

**22/225: Genderwissenschaften runter vom Abstellgleis: Gender- und queerbezogene Aspekte (auch) in der Pandemie in den Blick nehmen! (Antrag DIE LINKE)**

Vorsitz: **Filiz Demirel**

Schriefführung: **Dr. Carola Ensslen (i.V.)**

#### **I. Vorbemerkung**

Die Drs. 22/225 wurde auf Antrag der SPD-Fraktion, GRÜNEN Fraktion und der Fraktion DIE LINKE durch Beschluss der Bürgerschaft am 27. Mai 2020 zunächst an den Verfassungs- und Bezirksausschuss überwiesen. Mit Annahme von Ziffer 3. des Petitions des Antrags der Fraktionen von SPD, GRÜNEN, CDU und DIE LINKE aus Drs. 22/446 wurde diese Überweisung am 10. Juni 2020 einstimmig aufgehoben und erfolgte stattdessen an den Ausschuss für Gleichstellung und Antidiskriminierung.

Der Ausschuss für Gleichstellung und Antidiskriminierung befasste sich in seiner Sitzung vom 27. August 2020 abschließend mit der Drucksache.

#### **II. Beratungsinhalt**

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE erläuterten zunächst, dass ihr Antrag ein Kooperationsprojekt mit verschiedenen Initiativen und Instituten im Bereich Gender- und Queer-Wissenschaften sei, und zeigten sich erfreut über die Überweisung in den Ausschuss für Gleichstellung und Antidiskriminierung.

Sie trugen die wesentlichen Inhalte ihres Antrags vor und unterstrichen die Komplexität des Themas. Mit dem vorliegenden Antrag forderten sie zum einen, dass der Senat eine Studie zu den gender- und queerbezogenen Aspekten der Pandemie initiiere, um sicherzustellen, dass die Krisenpolitik in Hamburg auch geschlechtergerecht wirke. Darüber hinaus sei es wichtig, die systematischen Ungerechtigkeiten zwischen allen Geschlechtern abzubauen. Grundvoraussetzung dafür sei eine kritische wissenschaftliche Auseinandersetzung zu den Themen Gender und Queer an den Hamburger Hochschulen. Aus diesem Grunde forderten sie zudem, dass Gender- und Queer-Studies in den Hamburger Hochschulen ausgebaut würden. Ziel müsse sein, durch eine Stärkung dieser Wissenschaften den gestiegenen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern entgegenzuwirken. In diesem Sinne baten die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE um Unterstützung ihres Antrags.

Die SPD-Abgeordneten dankten für den vorliegenden Antrag und äußerten, der Meinung zu sein, dass man sich in der Analyse des Problems nicht uneins sei. Ihnen sei das Thema ebenfalls äußerst wichtig, weswegen sie der Überweisung des Antrags in den Ausschuss für Gleichstellung und Antidiskriminierung auch zugestimmt hätten.

Sie wollten vom Senat wissen, ob es neue Entwicklungen gebe, insbesondere auch zur Neubesetzung der Leitung des Zentrums Gender & Diversity.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter konstatierten, dass der Antrag sehr umfassend sei und zwei Stränge beleuchte. Einerseits gehe es um eine umfassende Studie zur unzweifelhaft schwierigen Situation und besonderen Betroffenheit sozialer und ökonomischer Art von Frauen und auch anderen Queer-Gruppen in Corona-Zeiten. Sie wiesen darauf hin, dass es hierzu bereits diverse Studien sowohl aus Deutschland als auch internationaler Art gebe, die entsprechende Erkenntnisse lieferten. Zu nennen seien hier beispielsweise die Studie zur Ungleichheit in der Corona-Krise des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung oder „The Impact of COVID-19 on Gender Equality“, eine Studie der Universität Mannheim. Darin fänden sich bereits einige Bezüge zu den im Antrag dargelegten Punkten. Sie nannten den Hamburger Gleichstellungsmonitor und führten aus, derzeit damit befasst zu sein, anhand von neuen Indikatoren zu ermitteln, ob und inwieweit sich das Pandemiegeschehen nunmehr bereits nach aktueller Analyse in Bezug auf mögliche Ungleichheiten in den unterschiedlichen Bereichen der Hamburger Gesellschaft bemerkbar mache. Der Hamburger Gleichstellungsmonitor sei bewusst so angelegt worden, dass es sowohl landesweite Indikatoren gebe als auch die Möglichkeit, die bezirkliche Ebene genauer zu betrachten. Hierzu könnten sie nach Analyse der aktuellen Daten in den nächsten Wochen etwas mehr Auskunft geben. Vor diesem Hintergrund werde die Forderung nach einer aktuellen Studie von ihnen nicht geteilt.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter fuhrten fort, zum anderen gehe es in dem Antrag um das Thema Gender- und Queer-Studies am Hochschul- und Wissenschaftsstandort Hamburg. Sie berichteten, dass nunmehr im Zentrum Gender & Diversity ein Konzeptpapier vorliege, welches auf der einen Seite viele der bestehenden Aufgaben fortsetze, jedoch sei gleichzeitig auch eine Weiterentwicklung dahin gehend erfolgt, dass es künftig auch eine Beratungsfunktion in Richtung Hochschulleitungen oder einzelne Fachbereiche und Fakultäten übernehme. Dabei gehe es darum, wie das Querschnittsthema Gender und Diversity besser in der Forschungsaktivität integriert werden könne, in noch besseren Lehrangeboten münden könne und wie die Sichtbarkeit darüber auch erhöht werden könne. Dies sei in der Landeshochschulrektorenkonferenz vereinbart worden. Sie seien sehr erfreut darüber, dass es letztendlich zu dieser Entwicklung gekommen sei, da sich die Hochschulen zunächst in vielen Fragen nicht einig gewesen seien. Das nunmehr von den Hochschulen gemeinsam mit dem Zentrum Gender & Diversity entwickelte Konzept sei tragfähig und sehr zukunftsfähig. Die neue Leitung des Zentrums Gender & Diversity werde ihre Arbeit zum 1. September aufnehmen, erklärten die Senatsvertreterinnen und -vertreter.

Ferner erläuterten sie in diesem Zusammenhang, in ihren regelmäßigen Gesprächen mit der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragtenkonferenz der Hochschulen stets dargelegt zu bekommen, an welcher Stelle Genderprofessuren oder zumindest Professuren mit Denominationsanteilen im Bereich Genderstudies nicht mehr bestünden, umfunktioniert worden seien oder in einem anderen Arbeitsfeld aufgegangen seien. Sie hätten den Hamburger Wissenschaftsrat damit beauftragt, die Genderstudies in der gesamten Bundesrepublik zu begutachten, und somit werde auch der Hochschulstandort Hamburg begutachtet. Sie betonten, Gutachten und Empfehlungen des Wissenschaftsrates stets sehr ernst zu nehmen und sich gemeinsam mit den Hochschulen intensiv damit auseinanderzusetzen, um Potenziale zu erkennen, aber auch Schwachstellen zu identifizieren und letztendlich etwas Gutes daraus zu machen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter ergänzten, in Zeiten der Krise selbstverständlich auch den Wissenschaftsbereich beobachtet und in Studien dokumentiert zu haben. Auch in persönlichen Gesprächen hätten sie festgestellt, dass es vor allem in den Bereichen Publikationen und Forschung einen großen Gendergap gebe, weil dort Frauen in besonderer Weise aus den im Antrag genannten Gründen betroffen gewesen seien. Deswegen hätten sie sich entschieden, in den nächsten Wochen im Rahmen der leistungsorientierten Mittelvergabe (LOM) den Anteil der Zuwendungen, die bei Nichterfüllung bestimmter Ziele und Leistungen der Hochschulen an die Behörde zurückgingen, nicht einzubehalten, sondern themen- und anlassbezogen entsprechend wieder auszuschiütten. Somit gehe den Hochschulen kein Geld verloren, jedoch fließe es in einen anderen Bereich. Ein Teil dieser Gelder solle tatsächlich gezielt für

Projekte verwendet werden, die sich an Wissenschaftlerinnen, Nachwuchswissenschaftlerinnen und Doktorandinnen richteten. Abschließend erklärten die Senatsvertreterinnen und -vertreter, den Antrag der Fraktion DIE LINKE in vielen inhaltlichen Punkten für gut zu erachten, jedoch sei er in einigen Forderungen zu weitgehend.

Die Abgeordneten der GRÜNEN stimmten zu, dass entsprechende Forschung zur Problematik betrieben werde und auch bereits Studien vorlägen. Das Thema werde man weiterhin im Blick behalten. Ferner nahmen sie Bezug auf die Stellungnahme der Leopoldina und hielten fest, dass teilweise auch nicht genug Wissenschaftlerinnen innerhalb des Systems gehört wurden. Vor diesem Hintergrund bewerteten sie die vom Senat geplanten Maßnahmen zur Stärkung der Forschung von Wissenschaftlerinnen in Kombination mit der genauen Betrachtung der bisherigen Studienlage als sehr gut. Wie sich die Situation der Genderwissenschaften in Hamburg und bundesweit darstelle und wie diese ausgebaut werden könnten, sei etwas, was sie längerfristig in der laufenden Legislatur verfolgen wollten. Deshalb würden sie den vorliegenden Antrag an dieser Stelle ablehnen.

Die SPD-Abgeordneten unterstrichen, es sehr zu begrüßen, dass man zu diesem Thema miteinander ins Gespräch komme, und verwiesen auf entsprechende Vereinbarungen im Koalitionsvertrag. Das Vorgehen der Behörde, Empfehlungen des Wissenschaftsrates abzuwarten, sei ihrer Meinung nach eine gute Herangehensweise.

Darüber hinaus regten die SPD-Abgeordneten an, dass sich auch der Wissenschaftsausschuss mit dem Thema befasse und auch die Entwicklung des Zentrums Gender & Diversity begleite. Gleichwohl sollte sich auch der Ausschuss für Gleichstellung und Antidiskriminierung weiterhin mit der besonderen Situation von Frauen und Queers in der Corona-Krise beschäftigen. Im Übrigen schlossen sie sich den Abgeordneten der GRÜNEN an und erklärten ebenfalls, den Antrag der Fraktion DIE LINKE abzulehnen, boten jedoch an, zu diesem aus ihrer Sicht sehr wichtigen Thema intensiv im Gespräch zu bleiben.

Die Abgeordneten der GRÜNEN ergänzten, den Antrag der Fraktion DIE LINKE insofern zu begrüßen, als sie es für wichtig erachteten, über das Thema in den Austausch zu gehen. Ihrer Meinung nach wäre es hilfreich, darüber sowohl im Ausschuss für Gleichstellung und Antidiskriminierung als auch im Wissenschaftsausschuss zu diskutieren. Sie seien sehr erfreut über die Evaluationen des Wissenschaftsrates, die genau die richtigen Impulse setzen könnten, um herauszufinden, wie Gender- und Queer-Studies insbesondere an der Universität Hamburg, aber auch hochschulübergreifend weiterentwickelt werden könnten.

Zudem nahmen die Abgeordneten der GRÜNEN Bezug auf den Gleichstellungsmonitor, der in der letzten Legislatur auf den Weg gebracht worden sei. Sie regten an, im Rahmen eines Obleutegesprächs zu beraten, wie sich der Ausschuss für Gleichstellung und Antidiskriminierung damit befassen könne.

Die SPD-Abgeordneten fügten hinzu, dass der Ausschuss für Gleichstellung und Antidiskriminierung auch zu einer möglichen Beratung im Wissenschaftsausschuss hinzugeladen werden könnte. Die Sorge, inwiefern sich die Lage der Frauen in dieser Zeit verschlechtere, bewege alle. Somit würden sie es begrüßen, wenn sich der Ausschuss für Gleichstellung und Antidiskriminierung auf der Basis von Studien aus Deutschland oder auch internationaler Art mit der Situation befasse. Dazu bedürfe es aus ihrer Sicht nicht noch einer Hamburger Studie.

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE zeigten sich erfreut darüber, dass die Leitung des Zentrums Gender & Diversity nunmehr endlich zum 1. September besetzt werde. Die Evaluationen des Wissenschaftsrates begrüßten sie sehr. Im Hinblick darauf, dass die Empfehlungen jedoch erst in der zweiten Jahreshälfte 2022 veröffentlicht werden sollten, warfen sie ein, dass erfahrungsgemäß vor dem Jahr 2024 keine Professorin besetzt sein werde. Dies sei ein sehr langer Zeitraum und aus diesem Grunde würden sie eine entsprechende Ausschussbefassung sehr begrüßen.

Die Vorsitzende fasste abschließend zusammen, dass deutlich geworden sei, dass die jeweiligen Fraktionen und auch der Senat ein großes Interesse an dem Thema hätten und eine weitere Befassung außer Frage stehe.

**III. Ausschussempfehlung**

*Der Ausschuss für Gleichstellung und Antidiskriminierung empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich mit den Stimmen der Abgeordneten der SPD, GRÜNEN und CDU gegen die Stimmen der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE bei Abwesenheit der AfD-Abgeordneten, den Antrag aus der Drs. 22/225 abzulehnen.*

Dr. Carola Ensslen (i.V.), Berichterstattung